

Gangmitglieder singen

Ehemalige Mitglieder einer Martial Arts Gang aus Dili haben einen Kirchenchor gegründet. Ihr erster Auftritt fand in der Sonntagsmesse des 29. April 2009 statt. Die Gründung war auf Initiative eines Gemeindemitglieds erfolgt. Ex-Gangführer Joao Paulo da Silva, 25, sagte nach der Messe, er sei froh, Chormitglied zu sein. In der Messe zu singen sei besser als die Nachbarschaft zu stören, zu trinken und Unruhe zu stiften. Seit er im Chor singe und aus der Gang ausgetreten sei, langweile ihn auch der Gottesdienst nicht mehr.

Die anderen Gemeindemitglieder zeigten sich überrascht, aber erfreut und hoffen, dass sich die

jungen Leute durch ihre Kirchenaktivitäten ändern und gewaltfrei leben. Gleichzeitig nimmt jedoch die Zahl der Martial Arts Gangs und anderer gewalttätiger Gruppen in Osttimor weiter zu und stellt ein immer größeres Sicherheitsrisiko dar. Es wird geschätzt, dass rund 20.000 Leute registrierte Mitglieder sind, während die tatsächliche Mitgliederzahl deutlich höher sein dürfte. Vor allem in Dili sind die Gangs sehr stark und einflussreich und teilweise sogar im organisierten Verbrechen wie Drogenhandel aktiv.

vgl. UCAN, 22.4.2009; ABC 15.4.2009; www.timor-leste-violence.org, April 2009

Burma-Büro

Die burmesische Exilregierung – das *National Coalition Government of the Union of Burma* (NCGUB) – verhandelt zurzeit mit der Regierung Osttimors über die Eröffnung eines Büros im Land. Präsident Ramos Horta traf sich diesbezüglich mit dem Delegationsführer und burmesischen Exil-Premierminister Dr. Sein Win am 30. März 2009 in Dili. Die Chan-

gen für ein Büro in Osttimor werden positiv beurteilt, vor allem weil Ramos Horta bereits 1999 nach dem Unabhängigkeitsreferendum in Osttimor dem NCGUB ein entsprechendes Angebot gemacht hatte – damals jedoch ohne Reaktion. Ramos Horta unterstützt die Demokratiebewegung in Burma bereits seit langem.

vgl. BBC, 3.4.2009

Neuer Polizeichef

Am 27. März 2009 wurde in Osttimor der neue Polizeichef, der ehemalige Generalstaatsanwalt Longuinhos Monteiro, vereidigt. Kritik kam vor allem von Seiten der Opposition, speziell der Fretilin, sowie von einigen Offizieren, da Monteiro nicht der Polizei entstammt, sondern eine politische Wahl und damit ungeeignet für einen derartigen Posten sei, auf dem er die schwierige Übernahme der lokalen 3.000 Mann starken Polizeitruppe von den Vereinten Nationen abwickeln müsse. Monteiro wird das Amt für zwei Jahre innehaben.

vgl. AFP, 27.3.2009

Kritik an Subventionen

Die Asian Development Bank kritisiert die staatliche Subventionierung von Reisimporten in Osttimor, da lokale Reisbauern dadurch geschädigt, ihnen der Marktzugang versperrt und der Reispreis künstlich niedrig gehalten werde. Wirtschafts- und Entwicklungsminister Joao Goncalves dagegen beharrt auf den Subventionen, da gerade die Armen auf dem Lande sich Reis andernfalls gar nicht leisten könnten. Darüber hinaus sehe das staatliche Budget Finanzhilfen für osttimoresische Reisbauern vor, die Absatzprobleme hätten.

vgl. Radio Australia, 8.4.2009

Keine Elektrizitätswerke

Präsident Jose Ramos Horta hat den Bau dreier gebrauchter, von der chinesischen Firma Chinese Nuclear Industry 22nd Construction Company gekaufter und stark umweltschädigender Elektrizitätswerke gestoppt. Bedenken müssten genauer überdacht und von einer unabhängigen Kommission untersucht werden. Umweltaktivisten sowie NGOs in Dili und die Fretilin-Opposition kritisierten den Kauf der Kraftwerke aus verschiedenen Gründen. Zum einen soll es keinen fairen Wettbewerb um den Kraftwerkbau gegeben haben. Zum anderem verpflichtet der Vertrag Osttimor für mindestens 30 Jahre Schweröl für die Kraftwerke zu importieren, da das eigene Öl und Gas für deren Betrieb nicht verwendet werden kann. Die Kraftwerke, die in China bereits mehr als 20 Jahre gelaufen sind, sind extrem umweltbelastend, weshalb solche Werke in vielen Ländern bereits vom Netz genommen wurden. Laut der NGO La-o Hamutuk in Dili verursachen sie sauren Regen, Wasserverschmutzung, Giftabfälle, Luftverschmutzung und Treibhausgase.

vgl. The Age, 18.3.2009

Dezentralisierungspläne

Die Regierung plant eine stärkere Dezentralisierung des Landes. Neue Bezirke sollen geschaffen werden, deren jeweiliger Regent vom Volk direkt gewählt wird. Die Bezirke sollen mehr Kompetenzen erhalten, welche die Zentralregierung ihnen übergibt. Ein entsprechendes Gesetz ist seit 2003 in Bearbeitung und soll bald ratifiziert werden. Entsprechend wird auch geplant, im Dezember 2009 in vier der zu bildenden Bezirke (Dili, Oecussi, Baucau und Bobonaro) Wahlen stattfinden zu lassen. Unterstützung bei den Wahlen und Dezentralisierungsmaßnahmen erhält Osttimor vor allem von Portugal.

vgl. Lusa, 27.3.2009